

## Der Bauer in der Industriegesellschaft

Im letzten Jahrzehnt haben in der Bundesrepublik Produktion und Produktivität nicht nur im industriell-gewerblichen Sektor stark zugenommen, sondern auch — was weniger bekannt ist — im Bereich der Landwirtschaft. So ist beispielsweise die Getreideproduktion von etwa 10 Mill. t im Jahre 1950 auf etwa 15 Mill. t im Jahre 1960 angestiegen, die Fleischerzeugung von etwa 1,6 Mill. t auf 2,6 Mill. t, die Eierzeugung von 270 000 t auf 400 000 t, die Milcherzeugung von 14,5 auf 18,5 Md. kg. Diese erstaunliche Produktionssteigerung ist erbracht worden, obwohl der landwirtschaftliche Arbeitskräftebestand beträchtlich abnahm. Zwischen 1950 und 1960 ist die Zahl der landwirtschaftlichen „Vollarbeitskräfte“ von etwa 3,7 Mill. auf ungefähr 2,5 Mill. Personen, also um 33 vH, gesunken. Da gleichzeitig die Nahrungsmittelproduktion (von 31 auf 45 Mill. t „Getreideeinheiten“) auf 145 vH des Standes von 1950 angewachsen ist, so ergibt sich eine Steigerung der Arbeitsproduktivität um 115 vH oder auf 215 vH des Standes von 1950. Wahrlich eine beachtliche Leistung!

### *Agrarpolitische Spannungen*

Man könnte somit denken, daß in der westdeutschen Landwirtschaft alles in Ordnung ist und keine ernsteren Agrarprobleme bestehen. Daß dem nicht so ist, zeigt unter anderem die nicht abreißende Diskussion um die Agrarpreise. Die Bauern halten sie für unzureichend, die Verbraucher bezeichnen sie — unter Hinweis auf das Preisniveau in Nachbarländern — als zu hoch. Auch für und wider die Stützungsolitik, die Marktordnung, wird immer wieder lebhaft gestritten. Eine Folge des Produktionsanstiegs ist, daß die Agrarpolitiker händeringend vor sich immer höher auftürmenden „Überschüssen“ der landwirtschaftlichen Erzeugung stehen. Die Eingliederung der Landwirtschaft in die EWG stößt auf Widerstände und immer größere Schwierigkeiten (die sich allmählich kaum mehr kaschieren lassen). Die Bauern weisen auf die „Einkommensparität“ hin, das Zurückbleiben der bäuerlichen Einkommen hinter der Einkommensentwicklung im industriell-gewerblichen Bereich. Allgemein ist eine zunehmende Unzufriedenheit der westdeutschen Bauern festzustellen. Zum nicht geringen Entsetzen vieler sprach der Präsident des Deutschen Bauernverbandes kürzlich von der „Unehrllichkeit des Wirtschaftssystems unserer angeblich sozialen Marktwirtschaft“, von der „Verlogenheit des sogenannten liberalisierten Außenhandels“ und von der „kapitalistischen Abart des Bauernlegens“ als Konsequenz der Wirtschafts- und Agrarpolitik der Bundesregierung.

### *Das Kleinbetriebsproblem*

Die Kritik der Erzeuger und Verbraucher an der Agrarpolitik des letzten Jahrzehnts setzt zwar bei verschiedenen äußeren Umständen an, aber diese stellen letzten Endes nur die unterschiedlichen Aspekte eines ernststen Schadens und eines grundsätzlichen Widerspruchs dar, welcher die agrarwirtschaftliche Situation der Bundesrepublik kennzeichnet. Dieser Widerspruch besteht trotz des starken Produktionsaufschwunges, von dem eingangs die Rede war. Ja, man kann sagen, daß dieses Problem durch den starken Produktionsaufschwung erst Profil, Schärfe und Gewicht bekommen hat. Die Belastung, die Kraftanstrengung, die im letzten Jahrzehnt der Landwirtschaft durch die Leistungssteigerung abgefordert wurde, hat schwache Stellen, strukturelle Spannungen und einen ausgedehnten Krankheitsherd sichtbar werden lassen. Es wird deutlich, daß sich hinter der Fassade eines agraren „Wirtschaftswunders“ große und anschei-

nend nur schwer lösbare Probleme aufgetürmt haben. Sie alle gehen offenbar vom landwirtschaftlichen Kleinbetrieb aus. Es gibt ein Kleinbetriebsproblem, und dieses hat allein schon aus dem Grunde große Bedeutung, weil in der westdeutschen Landwirtschaft die weitaus überwiegende Zahl der Betriebe Kleinbetriebe sind. Von den ungefähr zwei Millionen landwirtschaftlichen Betrieben der Bundesrepublik haben etwa 1,4 Millionen, das sind 70 vH, weniger als 10 ha Fläche und sind somit Kleinbetriebe.

### *Erfolglose Preisstützung*

Dieses Kleinbetriebsproblem steht seit Jahrzehnten schon zur Lösung an, doch ist nur wenig zu seiner Lösung getan worden. Viel eher war man bestrebt, dieses schwierige Problem zu umgehen, indem man aufbrechende Spannungen mit dem Mittel der Preisstützung abzudecken versuchte. Die Bauern selbst waren zufrieden, daß man in dieser wenig grundsätzlichen Weise an das Problem heranging. Was von landwirtschaftlicher Seite gefordert wurde und wird, war kaum je etwas anderes als noch mehr und immer noch mehr Preisstützung. Doch ist Preisstützung, wie die Erfahrung lehrt, ein untaugliches Mittel zur Lösung agrarwirtschaftlicher Fragen, insbesondere zur Lösung des Kleinbetriebsproblems. Wenn man Agrarpreise generell stützt, so begünstigt man dadurch die rationeller arbeitenden, größeren Betriebe mehr als die Kleinbetriebe. Ebensovienig wie die direkte Preisstützung (durch Erlös- oder Kosten-subsvention, wie sie bei uns üblich ist) kann die indirekte, verdeckte, versteckte Preisstützung durch Marktordnung und Einfuhrbeschränkung die Disparität zwischen Groß- und Kleinbetrieb beseitigen und das Kleinbetriebsproblem lösen. Wunderdinge werden seitens der Landwirte oft von der Marktordnung erwartet. Marktordnung führt unter den in der Bundesrepublik gegebenen Verhältnissen nur auf *den* Märkten zu effektiver Preisstützung, die für die größeren Betriebe interessant sind. Das ist vor allem der Getreide- und Zuckermarkt. Den für die Kleinbetriebe wichtigen Markt für Vieh oder den Obst- und Gemüsemarkt so zu „ordnen“, daß nachhaltig eine Stützung der Preise erreicht wird, erwies sich immer wieder als nicht möglich. Die Getreide-marktordnung und die damit verbundenen hohen Getreidepreise sind für die Kleinbetriebe nachteilig. Sie müssen teures Futtergetreide zukaufen und stehen in Konkurrenz zu ausländischen Betrieben mit niedrigen Futtermittelpreisen.

Eine weitere negative Auswirkung der Preisstützung, die ebenfalls in erster Linie die Kleinbetriebe trifft, liegt auf der Seite des Absatzes. Preisstützung bedeutet ja hohe Preise und damit Konsumdrosselung. Konsumdrosselung heißt in der Industriegesellschaft (für die hoher Verbrauch von Veredelungserzeugnissen typisch ist) Drosselung des Konsums *der* Produkte, die der Kleinbetrieb produziert. Zwar wird mitunter behauptet, daß in der Bundesrepublik der Nahrungskonsum nicht mehr ausdehnungsfähig sei, der Markt sei „gesättigt“, und deshalb würde die Preisstützung den Absatz nicht beeinträchtigen. Unzweifelhaft trifft das nicht zu. In Wirklichkeit bestehen sehr erhebliche, nicht ausgeschöpfte Absatzreserven. Das läßt sich (unter anderem) am Beispiel des Fleischkonsums beweisen: Der Fleischverbrauch in 4-Personen-Arbeitnehmer-Haushaltungen lag (1959) bei 33 kg (je Kopf und Jahr) und damit um 40 vH unter dem statistischen Durchschnittsverbrauch der westdeutschen Bevölkerung von 53 kg. Wenn der Verbrauch in den zahlreichen Arbeitnehmerhaushalten bei nur 33 kg liegt — in den ebenfalls zahlreichen Rentnerhaushalten liegt er noch unter 30 kg —, so muß es Bevölkerungsteile geben, die einen weit über dem Durchschnittsverbrauch von 53 kg, wahrscheinlich bei 80 bis 100 kg liegenden Verbrauch haben. Ein solcher Verbrauch ist keineswegs exorbitant. Er kommt einem Tagesverbrauch von 200 bis 260 g gleich. Der Fleischverbrauch in Arbeiterhaushalten entspricht nur etwa 90 g je Tag und Kopf; jedermann

weiß, eine wie geringe Menge das ist. Es steht außer Zweifel, das dieser Verbrauch noch wesentlich gesteigert werden kann. Ernährungsphysiologisch wäre das nicht nur wünschenswert, sondern sogar notwendig.

Diese Ableitung kann wie folgt weitergeführt und mit dem Kleinbetriebsproblem in Verbindung gebracht werden: Wenn der Massenkonsum — insbesondere qualitativ gesehen — auf unzureichender Höhe stagniert, so deswegen, weil Lebensmittel (nicht zuletzt auf Grund von Preisstützung) teuer, verglichen mit anderen Konsumgütern zu teuer sind. Bei niedrigeren Preisen würden die Agrarprodukte ihre Stellung im Wettbewerb der Konsumgüter um die Kaufkraft des Verbrauchers verbessern. Der Absatz würde steigen. Die „unabsetzbaren Überschüsse“ würden verschwinden. Es gäbe keine „Überproduktion“ mehr, die in Wirklichkeit Unterkonsumtion ist. Preisstützung hat die Doppelwirkung, daß sie zugleich die Produktion anfacht und den Konsum drosselt. Sie hilft nicht den Kleinbetrieben, sondern bringt gerade für diese Schwierigkeiten. In der Bundesrepublik sind heute nicht die großen landwirtschaftlichen Betriebe, sondern ausschließlich die Kleinbetriebe in einer kritischen Situation.

### *Kostensenkung*

Den Schwierigkeiten der Kleinbetriebe würde eine Konsumausweitung abhelfen. Doch wäre Voraussetzung dafür eine Preissenkung. Und Voraussetzung für eine Agrarpreissenkung ist eine Kostensenkung in der Agrarproduktion. Aus dem Gewinn, d. h. aus dem Einkommen der Bauern, könnte sie nicht getragen werden, ebenso nicht aus den „Spannen“ von Agrarhandel und Ernährungsgewerbe. Diese „Spannen“ sind größtenteils Transport- und Verarbeitungskosten (welche wiederum weitgehend Lohnkosten sind). Sie haben aus zwingenden Gründen die Tendenz zu steigen.

Damit scheint die Überlegung schon in eine Sackgasse geraten zu sein. Kostensenkungen, wesentliche Kostensenkungen scheinen mindestens in dem großen Bereich der landwirtschaftlichen Kleinbetriebe kaum erreichbar. Nicht ohne Grund reagieren die Bauern auf Preissenkungen stets so empfindlich: Sie sehen keine Möglichkeit, Preisrückgänge durch Kostensenkungen aufzufangen.

Doch sollte man es nicht bei der keineswegs neuen Einsicht bewenden lassen, daß die Kostenlage der Kleinbetriebe ungünstig ist. Es ist falsch, dies als unabänderliches Faktum zu sehen. Man muß vielmehr die Gründe der ungünstigen Kostensituation freizulegen versuchen, um Wege zur Abhilfe zu finden.

Die ungünstige Kostenlage der kleinbetrieblichen Landwirtschaft rührt nicht daher, daß sie — wie oft gesagt wird — „rückständig“ ist in dem Sinne, daß sie nicht genügend rationalisiert und technisiert ist. Ganz im Gegenteil: auch hier, gerade hier, werden oft in unverhältnismäßig großem Umfange kostspielige Maschinen und technische Hilfsmittel aller Art eingesetzt. Wenn der Städter im Sommer in Urlaub fährt, sieht er staunend die Bauern auf ihren kleinen Äckern mit großen, oft überdimensioniert erscheinenden, grellbunt gestrichenen neuen Landmaschinen herumfahren. Die Wahrheit ist, daß die immer weiter getriebene Technisierung die ungünstige Kostenlage der Kleinbetriebe wesentlich mit herbeigeführt hat. Die hohen Kosten dieser Mechanisierung werden durch die Erlöse nicht abgedeckt.

Eine „Rückständigkeit“ der Landwirtschaft besteht insofern — und hierin liegt allerdings etwas sehr Schwerwiegendes —, als unsere Landwirtschaft zwar die Produktionsmethoden einer industrialisierten Landwirtschaft angenommen hat, jedoch mit dieser neuen industrialisierten Produktionsweise innerhalb der nahe beieinander stehenden Grenzsteine zu kleiner Betriebsflächen und in zu kleinen, gewissermaßen

„handwerklichen“, aus vorindustrieller Zeit übernommenen Betriebsgrößen und in überholten Betriebsformen arbeitet.

### *Industrialisierte Landwirtschaft*

Daß eine neue Produktionsweise in die Landwirtschaft eingedrungen ist, daß der Industrialismus die Landwirtschaft erfaßt hat, ist eine nicht zu übersehende Tatsache. Der landwirtschaftliche Betrieb ist nicht mehr wie früher marktabgewandt und primär auf Eigenproduktion und Selbstversorgung ausgerichtet. Er ist vielmehr eine enge Verbindung mit der übrigen Wirtschaft eingegangen. In die Milliarden D-Mark jährlich gehen die Betriebsmittelzükäufe der Landwirtschaft. Die industriellen Vorleistungen für die landwirtschaftliche Produktion werden immer größer. Die Landwirtschaft ist mehr und mehr zu einer Montagstätte, zu einer Außenstelle der Industriegesellschaft geworden. Daß die landwirtschaftliche Produktion steil abfällt, wenn die Belieferung der Landwirtschaft mit Industriegütern stockt oder ausfällt, ist in Deutschland zwischen 1943 und 1948 überaus deutlich geworden.

Ebenso wie im Produktionsbereich hat sich auch beim Konsum des Bauern eine Umstellung vollzogen. Früher buk die Bäuerin Brot, und es wurde beispielsweise auf dem Hof der auf dem Felde gezogene Flachs versponnen und verwoben. Heute kauft die Bäuerin ebenso wie die städtische Hausfrau Brot beim Bäcker (und oft backt auch der Bäcker nicht mehr selbst, sondern er bezieht das „im Steinofen gebackene echte Bauernbrot“ — aus der Brotfabrik!); Hausrat und Kleidung werden ausschließlich „aus der Stadt“ bezogen. Die ländlichen Konsumgewohnheiten gleichen sich den städtischen an.

Eine immer stärkere Verklammerung der landwirtschaftlichen Betriebe mit der Industriegesellschaft zeichnet sich auch auf der Seite des Absatzes ab. Die Marktbelieferung, der Verkauf werden mit steigender Produktion immer umfangreicher und damit zugleich die Verflechtung mit dem Absatzmarkt immer stärker. Insgesamt sind so die Landwirte zu Partnern der Industriegesellschaft, zu Mitgliedern der Industriegesellschaft geworden.

### *Anpassung der Betriebsform*

Je weiter der Prozeß der Integration der Landwirtschaft in die Industriegesellschaft fortschreitet, um so schärfer tritt der Widerspruch hervor, der darin liegt, daß der überwiegende Teil unserer Landwirtschaft in einer, Betriebsform wirtschaftet, die ihrer gegenwärtigen Betriebsweise nicht entspricht. Die heutige technisierte, industrialisierte, absatzorientierte, vom Massenbedarf der Konsumenten abhängige und geprägte landwirtschaftliche Produktion erheischt eine entsprechende betriebliche, auch größenmäßige Form. Erst dann kann sich die Industrialisierung der landwirtschaftlichen Produktion in steigenden Einkommen der Bauern niederschlagen, so daß die Einkommensschparität, das Einkommensgefälle zwischen Landwirtschaft und Industrie verschwindet. Der durch die Industrialisierung der Landwirtschaft erzielbare einkommensteigernde Effekt verpufft bisher größtenteils. Selbst die zusätzlich gegebenen, in die Milliarden D-Mark gehenden Hilfen schlagen sich kaum einkommensteigernd nieder. Das gilt im ganzen auch für die sogenannte „Agrarstrukturverbesserung“ mit ihrem zu kurz gesteckten, weil über die landwirtschaftliche Kleinbetriebsstruktur nicht hinausweisenden Ziel.

Drei Gründe sind es im wesentlichen, die eine Umstrukturierung der landwirtschaftlichen Betriebsformen erforderlich machen:

1. Die kostensparenden (und Preissenkung ermöglichenden) technischen Hilfsmittel sind rationell nur in größeren Betriebseinheiten einzusetzen. Nur dort sind sie hin-

reichend ausnutzbar, nur dort sind große und damit in Anschaffung und Betrieb relativ billigere Großaggregate verwendbar. Vollmechanisierung des herkömmlichen (nicht-spezialisierten) Kleinbetriebes ist unwirtschaftlich.

2. Die Kostensenkungen in der Industrie sind zu einem wesentlichen Teil durch Spezialisierung erreicht worden. Der landwirtschaftliche Betrieb ist nur bedingt spezialisierbar, d. h. auf „Monokultur“ einzustellen. Er muß aus biologischen Gründen im allgemeinen relativ vielseitig organisiert sein. Spezialisierung ist daher nur durch Arbeitsteilung innerhalb einer größeren Betriebseinheit erreichbar. Im Kleinbetrieb ist Spezialisierung der Produktion und der Arbeit gewöhnlich nicht möglich. Hier muß der Bauer als Hauptarbeitskraft Universalist sein und überall einspringen. Das wirkt sich als Nachteil aus, und hier liegt auch der Grund dafür, daß trotz eines umfangreichen fachlichen Bildungsapparates zwischen dem Stand landwirtschaftswissenschaftlicher Erkenntnis und landwirtschaftlicher Praxis oft eine große Lücke klafft. Der einzelne kann heute nicht das große Maß von Wissen und Erfahrung erwerben, das notwendig ist, um Höchstleistungen in den vielen einzelnen landwirtschaftlichen Produktionsparten zu erzielen. Spezialisierung, die auch im Agrarbereich zur Voraussetzung höchster Rationalität der Produktion geworden ist, ist im allgemeinen nur im betrieblichen Verband möglich. Arbeitsteilung setzt Zusammenarbeit voraus — ein eigenartiger Antagonismus, den wir freilich aus der Erfahrung im industriellen Raum heute als fast selbstverständlich empfinden.

3. Der Markt, die Versorgung der großen Konsumzentren, erfordert vereinheitlichte, standardisierte Ware in großen Mengen. Eine Schwäche des bäuerlichen Betriebes liegt darin, daß er den Großabnehmern mit kleinen Mengen uneinheitlicher Ware gegenübersteht. Genossenschaftliche Zusammenfassung des Angebots hat daran einiges, aber nicht entscheidendes zu ändern vermocht. Eine Korrektur der Uneinheitlichkeit der Produktion ist nachträglich — z. B. durch Sortierung — nur bedingt möglich. Erst durch Zusammenschluß in der Produktionsstufe kann sich der Bauer auf die heutigen Bedürfnisse des Marktes, auf den Bedarf der Industriegesellschaft, einstellen und damit zugleich die Marktmacht gewinnen, die er auch auf den Krücken staatlicher Marktordnung nicht hat gewinnen können. Heute dominieren auf dem Agrarmarkt die großen Betriebe des Handels.

#### *Genossenschaftliche Zusammenarbeit*

Wer ausspricht, daß der „bäuerliche Familienbetrieb“, auf dessen Konservierung sich die Agrarpolitik bei uns anscheinend weitgehend eingeschworen hat, nicht die ideale landwirtschaftliche Betriebsform in der Industriegesellschaft ist, stößt auf heftigen Widerspruch. Viele halten es sogar für anstößig, das Tabu „bäuerlicher Familienbetrieb“ überhaupt zu diskutieren. Daß die Landwirtschaft sich in den letzten Jahrzehnten von ihrer früheren Produktionsweise und deren Grundlage — der Betriebsform bäuerlicher Familienbetrieb — weit entfernt hat, wird weithin ignoriert. Die Bauern werden geflissentlich in der Meinung bestärkt, daß alles beim alten geblieben sei und bleiben müsse, und nur „das bäuerliche Eigentum verteidigt werden“ müsse. Dazu meint man sogar das Ziel höchster wirtschaftlicher Leistungsfähigkeit in den Hintergrund treten lassen zu können. Aber kann man einen ganzen Wirtschaftszweig zu einem romantischen Naturmuseum werden lassen? Jedoch: auf diesem Wege befindet sich unsere Agrarpolitik, und diese unrealistische Zielsetzung schlägt sich dann nieder in immer weitergehenden Forderungen nach Preisstützung und Subventionsmillionen.

Der landläufige „bäuerliche Familienbetrieb“ ist als heute unbrauchbare, überholte Betriebsform anzusehen, er ist Relikt aus der vorindustriellen Zeit. Unter den neuen Produktionsverhältnissen kann die im wesentlichen biologisch begründete Einheit „Fa-

milie“ nicht Grundlage des ökonomischen Prozesses in der Landwirtschaft sein. Das besagt nichts gegen Wert und Bedeutung der Familie im allgemeinen und der bäuerlichen Familie im besonderen. In der Industriegesellschaft geht das berufliche Leben in weitgehend großbetrieblich-kollektiver Zusammenarbeit außerhalb und neben der Familie vorstatten.

Konservative Agrarpolitiker bringen nun — oft in politisch höchst unfairer Weise — das Argument vor, daß der Übergang von der Familienwirtschaft zu genossenschaftlicher Landwirtschaft, zum „Kolchos“, den Bauern von der Freiheit in die Knechtschaft führe. Aber fühlen sich der Industriearbeiter, der Bankbeamte, der kaufmännische Angestellte unfrei? Sind sie unfrei? Müssen sie unfrei sein? Und ist andererseits der Kleinbauer heute frei? Ist er nicht vielmehr ein Sklave seines Betriebes, den er, welche Anstrengung er auch immer macht, nicht zu hinreichender Rentabilität bringen kann? Ist er nicht ganz und gar abhängig von der Industrie, die ihm auf der Bezugsseite die Preise setzt und vom Handel, der auf der Absatzseite die Preise macht? Ist Freiheit vorhanden, wo mit einem Landwirtschaftsgesetz von Staats wegen ein Einkommensfehlbetrag dem Bauern zugeteilt wird?

Diese durchaus diskussionswerten Fragen sollen hier nicht vertieft werden, aber im Zusammenhang damit ist an folgendes zu erinnern: genossenschaftliche, kollektive Produktion bedeutet für die Landwirtschaft durchaus nicht etwas vollkommen Neues. Es handelt sich hier vielmehr um eine Betriebsweise, die in Deutschland (und anderswo) Jahrhunderte üblich war. Wenn früher nicht jeder Bauer einzeln seine drei Kühe weidete, sondern man auf den vernünftigen Einfall kam, auf der „Allmende“, die Gemeinbesitz war, zu hüten, so hat das dem bäuerlichen Eigenleben und Individualismus offenbar keinerlei Abbruch getan. Der eiserne Pflug, als er aufkam, wurde genossenschaftlich genutzt, weil er in der Anschaffung und im Betrieb für den einzelnen zu teuer war. Durch Zusammenarbeit im technischwirtschaftlichen Bereich ist die „Freiheit des Bauern“ nicht bedroht, ebensowenig ist dadurch das „bäuerliche Eigentum an Grund und Boden“ gefährdet. Man kann zu genossenschaftlicher Produktion übergehen, ohne daß das „Privateigentum an Grund und Boden“ überhaupt berührt zu werden braucht. In den Katastern können die Eigentumsrechte unangetastet beurkundet bleiben.

Aber diese wesentlich außerökonomischen und theoretischen Fragen sollen — so interessant sie an sich sind — hier nicht in den Vordergrund gestellt werden. Zusammenarbeit in der Landwirtschaft ist in erster Linie ein ökonomisch-technisches und ein praktisches Problem. Die Frage nach den Formen des Zusammenwirkens der Produktionsfaktoren Kapital und Arbeit und nach der Form der Aneignung des Produktionsertrages sind von Bedeutung. Wie ist der Absatz zu gestalten? Wie — eine ebenso wichtige wie schwierige Frage — können die Gegebenheiten, die hinsichtlich des veralteten, oft unzweckmäßigen Gebäudebestandes auf dem Lande vorhanden sind, bei einer Umgestaltung berücksichtigt werden? Diese praktischen Fragen (und viele andere mehr) müssen zunächst in unvoreingenommener Diskussion abgeklärt werden. Genossenschaftliche Zusammenarbeit in der Produktionsstufe bedarf alsdann der praktischen Erprobung und des Versuchs. Nur in der Praxis von den Bauern selbst werden Methoden fruchtbarer Zusammenarbeit und arbeitsteiliger Spezialisierung gefunden werden können. Es wäre unsinnig, dem Bauern von oben verordnete, am grünen Tisch konzipierte Betriebsmethoden aufzwingen zu wollen.

Allerdings bedürfen die Bauern, wenn sie den Weg genossenschaftlicher Zusammenarbeit gehen, der Hilfe von außen her. Die Aufgabe, die hier bewältigt werden muß, der innere und äußere Umbau eines ganzen Wirtschaftszweiges, der Vollzug der agrarischen Revolution, ist zu groß, als daß sie aus eigener Kraft der Bauern bewältigt werden könnte.